

Nationale Erinnerungskulturen im Widerstreit

Geschichtsschulbücher in Ostasien

Von *Claudia Schneider*



Claudia Schneider, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Ostasiatisches Institut Universität Leipzig

Schulbücher spielen in Ostasien in den „Geschichtsdebatten“ in einem weltweit fast einzigartigen Maße eine zentrale Rolle. Nicht nur, dass die größeren Konfliktkonstellationen dort reflektiert werden, Geschichtsschulbücher selbst sind seit Anfang der 1980er Jahre immer wieder zum Streitobjekt geworden.

Jahrzehntelange nationale Debatten

In Japan sind sie ein umkämpfter Erinnerungsort. Seit Mitte der 1950er Jahre ringen linke Schulbuchautoren und Geschichtswissenschaftler, unterstützt von vielen Lehrern und deren Gewerkschaft auf der einen, und konservativen Politikern sowie dem Bildungsministerium auf der anderen Seite um die Deutungshoheit, speziell in Bezug auf die Kolonial- und Kriegsvorgänge der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Das „Schulbuchproblem“ reflektiert das Fehlen eines innergesellschaftlichen Konsenses. So bewertet die Mehrheit

der japanischen Bevölkerung den Asia-tisch-Pazifischen Krieg als einen unrechten Angriffskrieg (sein Beginn wird allgemein mit dem Mandschuren-Zwischenfall (1931) angesetzt, in Folge dessen der japanische Marionettenstaat Mandschuren (Manshūkoku) unter der nominellen Herrschaft des ehemaligen Qing-Kaisers Puyi etabliert wurde). Eine Minderheit kann jedoch öffentlich argumentieren, dass er als Befreiungskrieg vom „weißen“ Kolonialismus geführt wurde. Darüber hinaus ist das Schulbuchproblem auch eine Folge spezifischer institutioneller Konstellationen. Anders als in Deutschland wird das Schulbuchsystem der Nachkriegszeit durch das Bildungsministerium dominiert, das im Rahmen des staatlichen Prüf- und Genehmigungsverfahrens regelmäßig auch inhaltlich Einfluss nimmt.

Das Schulbuchproblem ist in Japan stark institutionalisiert, wobei entsprechende Studien- und Lobbygruppen im politischen Establishment vertreten häufig einen rechtskonservativen, die diesbezüglichen NGOs (z.B. das Children and Textbooks Japan Network 21) meist einen „progressiven“ Standpunkt einnehmen. Erstere führen ein – im Vergleich zu Korea und China – schwach ausgeprägtes Nationalbewusstsein der japanischen Schüler ins Feld und sehen in der in Nachkriegsjapan einflussreichen Friedenserziehung ein Hindernis für die „Normalisierung“ (u.a. Re-Militarisierung) des Landes. Geschichtsbücher dienen aus dieser Perspektive dazu, ein positives Selbstbild und Nationalstolz zu schaffen – was angeblich durch internen „historischen Masochismus“ und externen Druck unterminiert wird. „Progressive“ Gruppen stehen für ein kritisches nationales Selbstbild und kontinuierliche nationale Verantwortung auch gegenüber ausländischen Opfergruppen. Ein Standpunkt, den die konservativ ausgerichtete Geschichtspolitik blockiert.

Internationalisierung seit den 1980ern

Die Auseinandersetzungen nahmen 1982 durch japanische Medienberichte über (angebliche) Änderungsanordnungen, die in chinesischen und später auch in (süd)koreanischen Medien kolportiert und kritisiert wurden, erstmals eine internationale Dimension an. Ihr periodisches Wiederaufleben 1986, 2001 und 2005 geht jeweils auf spezifische japanische Stimuli – die Veröffentlichung rechtskonservativer Lehrbücher – zurück. Im Zentrum steht die Problematik der Anerkennung von Unrecht und Leid, das „Anderen“, nämlich der Bevölkerung in den Opferstaaten, zugefügt wurde und deren Implikationen für das japanische Selbstbild. Während die chinesischen und koreanischen Korrekturforderungen mit jenen der japanischen „Progressiven“ konvergieren, wird von konservativ-japanischer Seite nicht nur deren faktische Korrektheit angezweifelt, sondern Geschichtserziehung wird als souveränes „nationales Territorium“ angesehen, auf dem sich äußere Einmischung verbietet. Letzteres ist dabei ein Argument mit einiger Überzeugungskraft auch für Teile der japanischen Bevölkerung, die sonst indifferent oder sogar kritisch eingestellt sind, wenn Forderungen, „historische Wahrheiten“ anzuerkennen und zu vermitteln, aus dem für eigene Geschichtsverdrehungen berichtigten autoritären China kommen.

In ihrer Gesamtheit sind die Auswirkungen der Auseinandersetzungen über Schulbücher auf die Inhalte japanischer Schulbücher vorsichtig positiv zu bewerten. Nach dem ersten Aufflammen 1982 wurde in die ministeriellen Prüfkriterien eine Klausel zur Berücksichtigung der Belange der Nachbarstaaten aufgenommen. Sie führte in Kombination mit weiteren Faktoren (Verstärkung des japanischen „Täterbewusstseins“, kurze Machtblösung der herrschenden konservativen LDP, intensive Forschungstätigkeit etc.) zu einem bisherigen Höhepunkt der Schulbuch-Offenheit Mitte der 1990er Jahre.

Die dadurch stimulierte konservative Gegenreaktion kulminierte in der Herausgabe des „Neuen Geschichtslehrbuch“, das 2001 und 2005 für regionale Verstimmung sorgte. Dieses Buch hat

das Problem zum Teil fragmentiert. Während seine Veröffentlichung keine Auswirkungen auf eingeleitete allgemein-strukturelle Veränderungen (z.B. Anregungen zum Perspektivwechsel, Ausschnitte aus Schulbüchern von anderen Ländern) sowie einige prinzipiell thematisierbare Probleme hatte (z.B. Zwangsarbeit), erfuhren einige besonders umstrittene Themen wieder eine konservative Wende. So wurden die „Trostfrauen“ (Zwangsprostituierte für die japanische Armee, meist koreanischer Herkunft), die sich im koreanisch-japanischen Verhältnis für beide Seiten zum Symbol des „Schulbuchproblems“ entwickelt hatten, in den Mittelschulbüchern der Genehmigungsrunde 2005 fast vollständig unerwähnt gelassen – gewirkt hat hierbei weniger der sichtbare ministerielle Rotstift als die „unsichtbare Hand“, die Selbstzensur seitens der Schulbuchverlage. Diese „revisionistischen“ japanische Vorstöße blockieren auch eine „Entwaffnung“ der ebenfalls stark nationalistischen chinesischen und koreanischen Schulbuchtexte.

Kein Prozess ohne Kläger

Entwicklungen in Südkorea und Chinas haben nicht unwesentlich zur Etablierung und Aufrechterhaltung der Schulbuchkontroversen beigetragen. So sind durch Demokratisierung bzw. selektive Liberalisierung mehr Akteure in die Thematisierung von „Geschichtsproblemen“ involviert. Während Protestnoten – oder wie 2001 der zeitweise Rückruf des koreanischen Botschafters – seitens der Regierungen an die Adresse der japanischen Regierung gerichtet sind, haben zivile Protestaktionen nicht immer ein spezifisches Gegenüber: Wenn sie sich wie 2005 in mehreren chinesischen Städten gewaltsam entladen, sind auch japanische Geschäfte, Institutionen, etc. vor dem Zorn über japanische „Geschichtsverdrehung“ nicht sicher. Für die Regierungen hat sich die „Geschichtskarte“ in den zwischenstaatlichen Beziehungen vom Trumpf eher zur Last entwickelt. Koreanische Medien kritisierten 2001 zum Beispiel fast einstimmig die Kim Dae-Jung-Regierung für ihre nachgiebige Haltung und drängten sie so indirekt zu einem konfrontativen

rem Vorgehen. Durch Sensationalisierung bzw. ungenaue Berichterstattung haben die Massenmedien bisher auch eher als Katalysatoren im Sinne einer Verstärkung des Problems gewirkt.

Die Verbreitung des Internets in den letzten Jahren ist ein zweischneidiges Schwert – zum einen bietet es auf Verständigung ausgerichteten NGOs die Möglichkeit zur preiswerten und transnationalen Vernetzung, andererseits dient es als Plattform für Hasstiraden, cyber-Angriffe auf Webseiten von japanischen Institutionen, welche die Atmosphäre wiederum noch stärker vergiften.

Für beide Länder lassen sich noch weitere interne Faktoren aufführen. So wurde im China der Reform- und Öffnungsperiode das maoistische Geschichtsbild partiell revidiert. Dadurch trat u.a. der 2. sino-japanische Krieg (1937-45), bisher eher zweitrangig im Vergleich zur zentralen Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalisten (Kuomintang, KMT) im Bürgerkrieg 1945-49, nun im Zuge einer vorsichtigen Annäherung an die KMT stärker in den Vordergrund.

Der Krieg ist nicht nur realhistorisch ein wichtiger Formationszeitraum des chinesischen Nationalismus im 20. Jahrhundert, er wird nun auch historiografisch als Kulminationspunkt des 100jährigen anti-imperialistischen Kampfes sowie als Zeit der nationalen Einheit (KP und KMT gegen den gemeinsamen Feind) betont. Dies lässt sich wiederum auf die „Patriotismuserziehung“ als wichtiges moralisch-politisches Ziel des Geschichtsunterrichts zurückführen. Weiterhin traten nun neben dem maoistischen heroischen Triumphepos verstärkt die erlittenen Leiden der chinesischen Bevölkerung in das Blickfeld, die bis dahin größtenteils unthematisiert geblieben waren. In ihrer Fokussierung auf japanische Kriegsverbrechen sind sie gleichzeitig Anklage gegen Leugnungsversuche von japanischer Seite. Drittens wurde die vorher in Japan und China vorgenommene Trennung zwischen einer Militär- und Imperialistenclique (Täter) und der japanischen Bevölkerung (Mitopfer) verwischt. Die nun häufig fehlende innere Differenzierung führt zu einer noch stärker nationalisierten Täter/Opfer-Dichotomie. In ihrem Zusammenspiel haben diese Faktoren einen nicht unwesentlichen Anteil

daran, dass in China der derzeit dominante öffentliche Diskurs anti-japanisch ist und Vorstöße in Richtung eines Schlusstrichs unter die Vergangenheit häufig als „Landesverrat“ torpediert werden.

Gekommen, um zu bleiben?

Bisher kam das „Neue Geschichtslehrbuch“ nur an sehr wenigen Schulen tatsächlich zum Einsatz und es wird wohl auch in Zukunft eher eine Randexistenz auf dem Schulbuchmarkt fristen; zumal die dahinter stehende „Vereinigung“ innerlich derzeit stark zerstritten ist. Eine endgültige „Lösung“ dieses japanischen Schulbuchproblems im Sinne der Eliminierung jeglicher Angriffspunkte für Kritik ist aber wahrscheinlich nur durch einen Wandel der Ziele von Geschichtserziehung auf japanischer Seite hin zum deutschen Modell der „nationalen Selbstprüfung“ möglich. Dies erscheint derzeit eher unwahrscheinlich. Die Agenda der konservativen Kräfte geht in die entgegen gesetzte Richtung, die eine Verstärkung der „Patriotismus-erziehung“ anstrebt. Ein Einlenken aus außenpolitischer Notwendigkeit erscheint bisher nicht zwingend.

Die Relevanz des Schulbuchstreits liegt insgesamt weniger in seinen schulbuchspezifischen als in seinen allgemeingesellschaftlichen Auswirkungen. Der Streit hat in den letzten Jahren – zusammen mit anderen Provokationen wie den Besuchen japanischer Politiker am Yasukuni-Schrein – zu einer Verschlechterung der gegenseitigen Fremdbilder geführt, was in allen drei Ländern inzwischen als Problem erkannt wurde.

Diskussionen und Bemühungen um die (Re-)Konstruktion Ostasiens finden sich dabei vor allem in Südkorea, das als „Krabbe zwischen zwei Walen – China, Japan“ und einem fast bankrotten, aber atomar bewaffneten feindlichen „Bruderstaat“ im Norden besonderes Interesse an regionaler Stabilität hat. Inzwischen haben sich mit staatlicher Zustimmung und „Unterstützung“ bilaterale Historikerkommissionen (Japan-Korea seit 2002, Japan-China seit 2006) etabliert, die allerdings das „Schulbuchproblem“ vorerst außen vor lassen.

Auf NGO-Ebene gehen bi- und trilaterale Versuche, gemeinsame Zusatz-Lehrmaterialien (wenn auch keine offiziellen Schulbücher) zu verfassen, zum Teil bereits auf die 1980er Jahre zurück. Sie nutzen unterschiedliche Modelle – manche

zielen auf die Konstruktion einer Kompromisserzählung, andere nutzen das Mittel der Gegenüberstellung; einige arbeiten hauptsächlich aus nationalstaatlicher, andere aus der gender- Perspektive.

In Verkaufszahlen ist bisher am erfolgreichsten ein trilaterales Projekt, das 2005 eine moderne (ab ca. 1840) Geschichte Japans, Chinas und Koreas vorlegte. Obwohl von lobenswerten Intentionen getragen, ist es im Ergebnis mit einigen Problemen behaftet: Es bietet weniger eine „verbundene“ Geschichte oder einen gemeinsamen übergeordneten Rahmen an, der zu Vergleichen einlädt (z.B. Kolonialismus), sondern präsentiert die Entwicklungen in den einzelnen Ländern als separate Blöcke. Auch wird Widerspruchsfreiheit/Einheitlichkeit durch Übernahme des japanischen progressiven Narrativs, nicht aber durch eine Hinterfragung etablierter Prämissen von chinesischer oder koreanischer Seite erreicht. Zudem entstanden durch politische Sensibilitäten weiße Flecken in der Nachkriegszeit, zum Beispiel zur Taiwan- oder Nordkoreafrage.

Aber möglicherweise ist hier – wie bei ähnlichen Unternehmungen – der Weg des Dialogs das eigentlich wichtige Ziel. ●

Schulbücher – Zankapfel zwischen Nationen

Beispiel: Das Nanjing-Massaker 1937

Von *Claudia Schneider*

Ausgewählt wurden die am häufigsten eingesetzten Lehrbücher beider Länder, sowie – zum innerjapanischen Vergleich – das Lehrbuch der *Tsukuru-kai*.

Die Textausschnitte und Bilder entstammen Büchern für die Mittelschule (7.-9. Klasse). Die Darstellung beschränkt sich größtenteils auf einen knappen, faktenorientierten, neutral gehaltenen Autorextext. Schulbücher sind vorrangig auf die Transmission von (Fakten-)Wissen ausgerichtet (bedingt auch durch die Struktur der entsprechenden Prüfungen). Es lassen sich daher neben politischen auch lehrplanbezogene und bildungskulturelle Hemmnisse gegen eine ausführliche Auseinandersetzung mit Kriegsschuld und -sühne anführen. Andererseits haben

vergleichende linguistische Analysen ergeben, dass bei „sensiblen“ Themen z.B. „Nanjing-Massaker“ besondere sprachliche Vorsicht aufgewendet wird.

Die Übersetzungen sind „kursiv“ gekennzeichnet.

A) Japan

- „Neue Gesellschaftskunde: Geschichte“, Verlag Tōkyō Shoseki, 2005
- Tsukuru-kai: „Neues Geschichtslehrbuch“, Verlag Fusōsha, 2005 (Ein „revisionistisches“ Lehrbuch, das 2001 und 2005 Hauptgegenstand der Schulbuchstreits war.)

An japanischen Mittelschulen wird „Geschichte“ nur in der 8. Klasse gelehrt, und zwar in Form einer chronologischen Gesamtdarstellung der japanischen Geschichte (von den zivilisatorischen Anfängen bis zur Gegenwart), die mit wichtigen Ereignissen und Hauptlinien der „Weltgeschichte“ verbunden wird.

B) China

- „Chinesische Geschichte, 8. Klasse, Bd. 1, Verlag Renmin Jiaoyu Chubanshe, 2001
- In China wird Geschichte in allen drei Klassenstufen unterrichtet. In den ersten